

380 kV-Trasse entlang der Autobahn vorgeschlagen

Netzbetreiber informiert im Gemeinderat über die ChemDelta-Leitung – Sitzung in die Turnhalle verlegt

Von Franz Gilg

Reut. Aus gegebenem Anlass ist die März-Sitzung des Gemeinderates in der Schulturnhalle durchgeführt worden. Dort war ausreichend Platz für die vielen Zuhörer, denn auf der Tagesordnung stand ein brisantes Thema: die geplante 380 kV-Stromleitung ChemDelta von Burghausen in den Raum Simbach. Darüber informierten Vertreter des Netzbetreibers TenneT. Anschließend konnten Fragen gestellt werden.

Ursprünglich sollten die Zuhörer nicht mitdiskutieren dürfen. Man bot ihnen die Möglichkeit, im Vorfeld schriftlich Fragen an TenneT zu stellen. Diese und die Antworten sollten in der Sitzung verlesen werden. Gegen ein solches Vorgehen erhob sich Kritik, weshalb das Gremium den Bürgern per Beschluss nun doch Redeerecht gewährte.

Eingangs erläuterten Marvin Gruhn (Leiter für Genehmigungen bei TenneT) und Maximilian Brauer (Referent für Bürgerbeteiligung und Kommunikation) das Projekt. Weil darüber schon häufig berichtet wurde, hier nur das Wichtigste:

Für die Standorte der zwei benötigten Umspannwerke gibt es mehrere Suchräume und daraus resultierend verschiedene Leitungstrassen. Sie alle durchschneiden das Reuter Gemeindegebiet. Im Verlauf der Raumverträglichkeitsprüfung (RVP), die im zweiten Quartal dieses Jahres beginnt, werden alle Varianten gleichwertig untersucht. Spätestens Anfang 2027 soll das Ergebnis der RVP vorliegen und erst dann kann TenneT über eine konkrete Trasse informieren. Bis ins dritte Quartal 2028 hinein läuft die Umweltplanung und exakte Festlegung der Maststandorte. Im Anschluss folgt das etwa zweijährige Planfeststellungsverfahren. 2030 soll der Bau beginnen und spätestens 2035 die Leitung in Betrieb gehen.

Gruhn und Brauer erklärten, was es mit den Mindestabständen auf sich hat: Eine Überspannung von Siedlungen ist nicht zulässig. Leiterseile sollen 400 Meter Distanz zu geschlossenen Ortschaften haben und im Außenbereich 200 Meter von Wohnhäusern entfernt sein. Jedoch: Notfalls kann von dieser Regel abgewichen werden.

Oft wird bei strittigen Projekten – insbesondere im Straßenbau – gesagt, dem Schutzgut Mensch müsse Vorrang eingeräumt werden. Geld dürfe dabei keine Rolle spielen. Die beiden Referenten sehen das anders: Bei einer Stromleitung werden die Kosten über die Netzentgelte auf die Verbraucher umgelegt. Deshalb suche man nach möglichst kurzen Trassen.



Zuletzt wurde während der Corona-Zeit in der Schulturnhalle getagt. Jetzt kam der Gemeinderat wieder hierher, um mit Vertretern des Netzbetreibers TenneT über die neue, umstrittene Starkstromleitung zu diskutieren. Entsprechend groß war das Interesse der Bürger. – Foto: Gilg

Die Bürger haben mehrfach Gelegenheit, sich zu äußern. Im Rahmen der RVP liegen alle Unterlagen zwei Wochen lang öffentlich aus. Anschließend kann man seine Bedenken, Einwände und Stellungnahmen schriftlich oder online an die Regierung von Oberbayern schicken bzw. in der Gemeinde abgeben. Gegebenenfalls erhält TenneT dann Prüfaufträge.

Schriftlich eingereichte Fragen der Bürger

Auch beim nächsten „Infomarkt“ in einem Jahr können Interessierte mit dem Netzbetreiber in Dialog treten. In dieser Phase seien noch „sinnvolle Anpassungen“ der Planung möglich, so die Referenten. Ins Eingemachte geht es schließlich beim Planfeststellungsverfahren. Auch hier erfolgt wieder eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Möglichkeit von Einwendungen.

Nach diesem Info-Block folgte die Behandlung der schriftlich eingereichten Fragen. Unter anderem wollte man Folgendes wissen:

Warum wurden nicht alle Gemeindebürger von TenneT über das Vorhaben informiert? Antwort: Das hätte den Rahmen gesprengt. Wenn in einem Jahr die wirklich Betroffenen feststehen, werde der Netzbetreiber mit ihnen in Kontakt treten.

Gibt es derzeit eine Vorzugsstrasse für die Leitung? Antwort: Favorisiert als Standorte für die Umspannwerke sind der Daxenthaler Forst bei Burghausen und Hundsberg bei Simbach. Das würde die Zahl der Trassen auf

zwei reduzieren. Aber noch ist alles offen.

Wie schaut es mit Entschädigungen aus? Antwort: Kommt es auf unmittelbar betroffenen Flächen durch die Leitung zu einer Wertminderung, steht den Besitzern eine Entschädigung zu. Bei einer Überspannung sind das 25 Prozent des Verkehrswertes pro Quadratmeter. Wer schnell bereit ist, sich mit TenneT zu einigen, erhält noch einen „Beschleunigungszuschlag“ obendrauf. Für einen Maststandort beträgt die Entschädigung zwischen 10 000 und 20 000 Euro. Aber auch für überspannte Waldflächen gibt's Geld. Diesbezüglich ist eine Rahmenvereinbarung mit dem Bauernverband geplant.

Welche Auswirkungen hat die Leitung auf die Gesundheit? Antwort: Die Grenzwerte für Lärm und elektromagnetische Felder werden um ein Vielfaches unterschritten. Eine Gefährdung besteht nicht.

Was die Gemeinderäte noch wissen wollten

Warum verlegt man keine Erdkabel? Antwort: Das wäre extrem aufwendig und teuer und nur im Rahmen eines Pilotprojekts möglich, was hier nicht der Fall ist.

Warum bindet man die Bürger nicht von Beginn an in die Planung ein? Sinngemäße Antwort: Aufgrund der vielen gesetzlichen Vorgaben, die bei einem solchen Projekt beachtet werden müssen, wäre das nicht zielführend. Oder anders gesagt: Da müssen schon Fachleute ran.

Thomas Jetzlsperger erkundigt

sich nach dem Verhandlungsstand für das Umspannwerk in Hundsberg. Dascheine TenneT ja ein Grundstück angeboten worden zu sein. Laut Maximilian Brauer ist man zuversichtlich, sich bald zu einigen. Das heiße aber nicht, dass damit schon die Stromtrasse feststeht. Die könne sich immer noch als nicht raumverträglich herausstellen.

Eine andere Frage war, ob das Netz mit der neuen Leitung stark genug für die vielen PV-Anlagen in der Region ist. Antwort: Für die Einspeisungen ist das Bayernwerk zuständig. Jedenfalls werde mit dem neuen Umspannwerk ein Ringschluss geschaffen, der die Netz-Kapazität verbessert.

Heinrich Hutterer verwies auf die Resolution des Gemeinderates. Darin werde eine eingehende Prüfung aller Alternativen gefordert. Wie sieht es da aus? Antwort: Eigentlich erfolgt die Alternativenprüfung erst bei der Planfeststellung. Aber man habe sich schon aus eigenem Interesse angeschaut, wo die Leitung noch verlaufen könnte. Entlang der schon bestehenden Trassen ergebe sich eine Verlängerung um 60 Prozent. Abgesehen von den erheblichen Mehrkosten bedeute das viele weitere Betroffenheiten und eine schlechtere Netzqualität. Zusammengefasst: „Die derzeitigen Korridore sind aus unserer Sicht am raumverträglichsten.“

Walter Strohammer erkundigte sich, ob es auch eine allgemeine Entschädigung für die Gemeinde Reut gebe, wenn sie schon so unter der Leitung zu leiden habe. Als Beispiel nannte er die Renaturierung am Inn durch den Kraftwerksbetreiber Verbund. Ant-

wort: Jeder Eingriff in die Natur werde durch ökologisch wertvolle Maßnahmen ausgeglichen. Außerdem erhält die Gemeinde pro Leitungs-Kilometer auf ihrem Gebiet einen bestimmten Geldbetrag, quasi als Entschädigung für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Zahlung erfolgt nach der Inbetriebnahme. Eine konkrete Summe konnte nicht genannt werden.

Beiträge aus den Reihen der Zuhörer

Hutterer hatte gehört, dass der Mindestabstand zu den Leitungen „aus guten Gründen“ auch unterschritten werden kann, und fragte: „Was sind denn solche guten Gründe?“ Antwort: Wenn's nicht anders geht. Mit den elektromagnetischen Feldern habe das nichts zu tun. Der verringerte Abstand führe nur zu einer Wertminderung und beeinträchtige die Optik.

Bürgermeister Alois Alfranseder verwies auf die derzeitige Krise im Chemiedreieck. Wenn dort, wie befürchtet, rund 1500 Arbeitsplätze abgebaut werden, bleibt's dann beim gemeldeten Strombedarf oder sei die Leitung am Ende gar nicht mehr notwendig? Antwort: Ein „Wirtschaftsdämpfer“ werde daran nichts ändern. Voraussichtlich steige der Energiebedarf im Chemiedreieck bis zum Jahr 2050 um den Faktor 2.

Ernst Huber erwartet generell einen steigenden Strombedarf. Die vielen Solarparks würden ihn schon decken, aber: „Wie hält das

Bayernwerk da Schritt?“ Antwort: Das Bayernwerk könne erst tätig werden, wenn der Plan für die ChemDelta-Leitung fix ist.

Emmerich Hörmann war der Meinung, ein Verlauf der Trasse parallel zur A 94 sei noch nicht genug diskutiert worden. Man könne dann ja ein Umspannwerk im Gewerbegebiet Waltersdorf errichten oder sogar eine Einbindung jenseits der Grenze, in St. Peter am Hart, realisieren. Die TenneT-Vertreter verwiesenes auf die Komplexität dieses Themas. Jedenfalls passe die Richtung nicht. Statt Reut werde das Inntal belastet und der benötigte Ringschluss dürfe nicht zu nahe an der Bestandsleitung erfolgen. Trotzdem schlug Brauer vor: „Sie können diese Trasse offiziell ins Verfahren einbringen. Dann wird sie auch geprüft.“

Dr. Gerhard Wagner hatte noch Fragen zu den Trassenlängen und Abständen. Ihm wurde gesagt, er finde sämtliche Daten in den Unterlagen, die bald öffentlich ausliegen und auch jetzt schon im Internet abrufbar sind.

Stefan Ammann meldete sich mit dem Hinweis, dass es hinsichtlich der neuen Starkstromleitung jetzt eine Bürgerinitiative gebe, die nicht nur viele Informationen anbiete, sondern sich mit dem Thema auch an die Politiker wenden will. Seine Einladung an alle: „Macht bei uns mit.“

Abschließend lobte der Bürgermeister die sachliche und disziplinierte Diskussion. Nach über zwei Stunden wurde der Rest der Tagesordnung in wenigen Minuten abgehandelt. Der Bericht dazu folgt.